

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/134

Bonn, den 22. Juli 1970

Seite ----- Zeilen -----

1 - 2 Die Union wird unglaublich 73

Fehl-Voraussagen schlagen auf den Urheber zurück

Von Karl Wierand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

3 - 4 Die Bundesregierung darf jetzt nicht zögern 102

Notwendige Klarstellungen vor Scheels Moskauer-Reise

Von Jochen Schulz

Sprecher des Vorstandes der SPD

5 Verheißungsvoller Auftakt 20

Zur ersten Abschlußrunde der EWG-Beitrittsverhandlungen

Die Union wird unglaublich

Fehl-Voraussagen schlagen auf den Urheber zurück

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Zu den hervorsteckendsten Praktiken, die die Opposition bisher entwickelt hat, gehört das Geschäft mit der Angst. Sie kann sich nicht genügen, mit düsteren Prophezeiungen den Versuch zu unternehmen, Angst und Schrecken zu verbreiten und die Regierung und die sie tragenden Fraktionen so darzustellen, als hätten sie keinen Sinn für die Wirklichkeiten dieser Welt. Die Opposition spekuliert dabei auf die Vergeßlichkeit. Sie hofft, niemand werde sich an den Urheber erinnern, wenn ihre Prophezeiungen nicht eintreffen. Mittlerweile haben sich aber einige ihrer Prophezeiungen bereits als eklatant falsch herausgestellt. Wochenlang wußte die Opposition zB. das Geraune zu verbreiten, daß die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel auf Mißtrauen, Abneigung oder gar Widerstand bei den Verbündeten stoße. Und der Sprecher der CDU, Willi Weiskirch, erklärte im parteioffiziellen CDU-Pressedienst (DUD) nach dem 2. Juni 1970: "Von einer Identifizierung zwischen der Politik der Allianz und der Bonner Ostpolitik kann aber nicht entfernt die Rede sein. Eher ist das Gegenteil der Fall."

Diese Behauptung hielt kaum sechs Wochen, denn während der deutsch-französischen Konsultationen am 3. und 4. Juli 1970 erklärte der französische Staatspräsident Pompidou: "Bei Ihrem großen Unterfangen des Versuchs zur Annäherung an den Osten unterstützt Sie Frankreich und wir bewundern Ihren Mut und Ihren Sinn für Realitäten bei einem Unternehmen, das von großer Bedeutung für Europa ist." Am 17. Juli 1970 erklärte der amerikanische Außenminister William Rogers: "Wir hoffen sehr, daß die Verhandlungen erfolgreich sind, und wir hoffen auch, daß Fortschritte bei der Verringerung der Spannungen zwischen Ost und West und besonders zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland gemacht werden." Am selben Tage wurde aus London gemeldet: "In einer offiziellen Erklärung zum Abschluß des Scheel-Besuches hieß es am Freitagmittag, der britische Außenminister Sir Alec Douglas-Home habe das große Interesse der britischen Regierung an der Ostpolitik sowie Verständnis und Unterstützung für das Vorgehen und die Ziele der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht."

Ganz ähnlich war es, als der NATO-Ministerrat Ende Mai in Rom

den Vorschlag einer gleichwertigen Truppenreduzierung an die Adresse des Warschauer Paktes richtete. Der CSU-Abg. Dr. Friedrich Zimmermann, immerhin Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, prophezeite am 2. Juni 1970 im Deutschen Bundestag: "Wenn ich mir die zunehmende Verdünnungspolitik der NATO betrachte, jetzt verstärkt durch die Politik der Bundesregierung, dazu die Unlust der Amerikaner, ihre jetzige Präsenz in Europa beizubehalten, dann ist in der Tat für die Sowjetunion nicht der geringste Grund vorhanden, auf derartige Gedankengänge einzugehen. Der Wert eines solchen Vorstoßes der NATO liegt für mich ausschließlich in der Desillusionierung einiger unermüdlischer Traumwandler... Ich frage die Bundesregierung, welche Konsequenzen sie ziehen will, wenn die Absage der Sowjetunion vollends und offiziell auf dem Tisch liegen wird."

Die Absage kam nicht. Statt dessen veröffentlichten die Staaten des Warschauer Paktes am 22. Juni 1970, also genau drei Wochen nach Dr. Zimmermanns düsterer Prophezeiung, in ihrem Memorandum folgenden Satz: "Die Regierungen, die dieses Memorandum annahmen, sind der Auffassung, daß die Behandlung der Verminderung ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium der europäischen Staaten der Entspannung und Sicherheit in Europa dienen würde." Bleibt die Frage, ob nun Herr Dr. Zimmermann desillusioniert ist und welche Konsequenzen er aus der nichterfolgten Absage ziehen will.

Aber nicht nur auf außenpolitischem Gebiet, sondern auch in der Wirtschaftspolitik beflastert die Union das deutsche Volk mit Schreckensprognosen. Eine davon ist freilich schon geplatzt, wehalb man auch die anderen, deren Widerlegung noch aussteht, mit Gelassenheit ertragen kann. Am 10. Juli 1970 erklärte nämlich der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Gerhard Stoltenberg, vor dem Bundestag: "Die Regierung kann jedoch bei dem jetzt nach zu langer Passivität plötzlich eingeschlagenen Tempo offenbar nicht davon ausgehen, daß sich die Bundesbank in der Lage sieht, sehr bald zu einer Senkung des Diskontsatzes zu kommen."

Aber "sehr bald", nämlich schon fünf Tage später, teilte die Deutsche Bundesbank mit: "Der Diskontsatz der Notenbank wird mit Wirkung vom 16. Juli 1970 von 7,5 auf sieben Prozent herabgesetzt, der Lombardsatz von 9,5 auf neun Prozent ermäßigt und der Zinssatz für Kassenkredite der Öffentlichen Hand von 7,5 auf sieben Prozent reduziert."

In der Tat, die Gabe der Prophetie ist der Union nicht gegeben. Sie sollte sich raten lassen, mit Prophezeiungen erheblich vorsichtiger zu werden. Wer ständig irrt, wird vollends unglaubwürdig.

Die Bundesregierung darf jetzt nicht zögern

Notwendige Klarstellungen vor Scheels Moskau-Reise

Von Jochen Schulz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Am Sonntag startet Bundesaußenminister Scheel in die Sowjetunion, um die seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Bonn mit Moskau vor 15 Jahren wichtigsten deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein Gewaltverzichtsabkommen zu führen. Es wird höchste Zeit, daß Scheel seine Reise - sicher nicht mit mehr Tross als der Sache nach erforderlich ist - antritt. Seit dem letzten Vorgespräch Staatssekretär Bahr mit Minister Gromyko vom 22. Mai hat sich in der Sache nichts geändert. Die Bundesregierung und ihre Verbündeten halten die zwischen Bahr und Gromyko ausgehandelten Vertragselemente für gut. Die deutsche Opposition verwirft sie als unzureichend. Auch hieran wird sich vermutlich leider nichts ändern, denn der tonangebenden Gruppe in der CDU/CSU geht es um ein "Nein" schlechthin, weil sie sich seit dem ersten CSU-Parteitag dieses Jahres auf den von Franz-Josef Strauß verkündeten Oppositionskurs um jeden Preis festlegen ließ und nun fürchtet, ihren Anlauf nicht mehr bremsen zu können. Sie wird dabei scheitern.

Es kann dahingestellt bleiben, weshalb die Sowjets Bahr in den Vorgesprächen so relativ weit entgegengekommen sind, wie es die meisten Beobachter im In- und Ausland nicht für möglich gehalten hatten. Um das längst bekannte nochmals in fast unerlaubter Kürze zu rekapitulieren: Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ist ebenso wenig noch eine Bedingung der Sowjets wie ihre frühere Forderung, die Ungültigkeit des Münchener Abkommens "von Anfang an" zu erklären. Moskau gibt seine Berufung auf die Interventionsartikel der UN-Charta in der Sache auf und betrachtet in Übereinstimmung mit Bonn die Grenzen als unverletzlich, nicht aber als mit friedlichen Mitteln unverrückbar. Das ist - wie gesagt - eine Ausgangsposition für den deutschen Außenminister, wie sie unter den gegebenen Umständen besser kaum sein könnte.

Infolgedessen liegt es im deutschen Interesse, diese Elemente in den auszuhandelnden Vertrag einzuführen. Eine Normalisierung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wäre die erwünschte Folge. Der Zusammenarbeit mit dem Westen würde ein normaleres Verhältnis auch zum Osten zur Seite gestellt.

Scheel wird außerdem versuchen, zusätzlich zu den zwischen Bahr und Gromyko ausgehandelten Elementen die sogenannte "deutsche Option" in das Paket zu plazieren. Es ist nicht sicher, ob sich dies in befriedigender Form in einer Präambel unterbringen läßt. Falls nicht, böte sich jedenfalls der einseitige Vorbehaltsbrief des deutschen Absenders an die Moskauer Adresse an, die ihn, ohne den Inhalt billigen zu müssen, entgegenzunehmen hätte und nicht zurückweisen dürfte -

eine Konstruktion, der sich bekanntlich schon Bundeskanzler Adenauer 1955 bediente.

Bleibt die Berlin-Regelung, die auch aus deutscher Sicht kaum in den Vertrag aufgenommen werden kann, weil sie wegen der originären alliierten Berlin-Rechte der Vier Mächte nicht dort hingehört. Dennoch besteht, wie der Kanzler klargestellt hat, natürlich ein politischer Zusammenhang zwischen einer Regelung für Berlin und dem Gewaltverzichtsabkommen. Wenn er davon sprach, daß dieser Zusammenhang keine "Zwangsjacke" sein dürfe, so sprach er damit das vitale Lebensinteresse Berlins an. Ein streng juristisches Junktim zwischen Unterschrift unter dem Gewaltverzicht und Berlin-Regelung durch die Vier Mächte kann es bei der Rechtslage nicht geben. Politisch bliebe die Unsicherheit in und um Berlin bestehen, wenn Bonn nicht nach der Unterschrift mit der Ratifizierung durch das Parlament wartet. So schafft die Bundesregierung für die Berlin-Gespräche der Vier Mächte ein besseres Klima. Ein Beispiel für diese politisch legitime Praxis bietet die Behandlung des Nichtverbreitungsvertrages, der dem Parlament erst nach einer annehmbaren Regelung zwischen EURATOM und der Wiener Atomenergiebehörde zur Ratifizierung vorgelegt wird.

Wer diese konsequente politische Rechnung nicht begreift oder nicht begreifen will, dem ist nicht zu helfen.

Eine zwar nicht sehr wahrscheinliche, jedoch theoretisch nicht völlig auszuschließende, die erwähnte politische Rechnung dennoch durchkreuzende Situation würde nur dann eintreten, wenn die Sowjets gegenüber dem Außenminister der Bundesrepublik eine derart geringe Bereitschaft zu einer von Bonn angestrebten Berlin-Lösung zeigen sollten, daß ihm die Zurückstellung seiner Unterschrift ratsam erschiene. Dieser - nur dieser! - Umstand könnte die Bundesregierung zum Zögern veranlassen, keinesfalls jedoch der abermalige taktische Versuch einer Verzögerung durch die CDU/CSU.

Eine unmotivierte Pause könnte sich nur schädlich auswirken und auch die Warschauer Verhandlungen negativ beeinflussen - eine von Teilen der Opposition so und nicht anders ersehnte Entwicklung.

Die Bundesregierung hat sich in den acht Wochen zwischen dem Abschluß der Sondierungen Bahrs und der Aufnahme der Verhandlungen Scheel zu ihrem Nachteil von der Verzögerungstaktik der CDU/CSU bereits einmal irritieren lassen. So könnte Scheel beispielsweise ab Sonntag in Moskau über die eine oder andere Frage oder Formulierung mit mehr Aussicht auf Erfolg sprechen, wenn nicht alle Welt vorzeitig durch bedenkenlose Veröffentlichungen der Aufzeichnungen der Vertragselemente Kenntnis bekommen hätte. Gewiß wäre eine Rücksprache des Außenministers in Bonn bei der Bundesregierung - z.B. wegen der erwähnten Frage des Zusammenhanges mit einer Berlin-Regelung der Vier Mächte - ein Grund für eine Verhandlungspause, nicht aber durchsichtige Forderungen von CDU-Politikern, ihnen über Aspekte zu berichten, die sie dann doch nicht zu würdigen gewillt sind.

Dieselben Leute nämlich, die es ablehnten, einen besonders benannten Vertreter der Unionsfraktion - mit nach Moskau fahren zu lassen (ohne daß irgendjemand von ihnen verlangt, sie sollten sich mit dem Verhandlungsergebnis identifizieren), wollen jede mögliche Verhandlungsphase mit ihrem schrillen "Nein" begleiten. Die CDU/CSU, die für wahr bislang schon in einer nie dagewesenen Weise informiert und konsultiert wurde, verzichtet auf das angebotene Höchstmaß an Unterrichten in Moskau selbst. Ein geradezu unglaubliches Verhalten, das ihr nicht gut bekommen wird. Der Grund für diese Verantwortungslosigkeit und Ablehnung der nationalen Solidarität liegt eben eindeutig in der Absicht, besser verzögern, mehr hintertreiben, die Öffentlichkeit stärker verunsichern zu können, und abermals zu versuchen, womit sie schon einmal nicht ganz ohne Erfolg blieb: Die Bundesregierung zu irritieren. Das darf diesmal nicht gelingen.

Verheißungsvoller Auftakt

Zur ersten Abschlußrunde der EWG-Beitrittsverhandlungen

Als im Großen und Ganzen sehr zufriedenstellend hat der britische Europaminister Antony Barber das Ergebnis der ersten Abschlußrunde der in Brüssel geführten Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bezeichnet. Diese nüchternen Feststellung hat ihr besonderes Gewicht. Sie bekundet den entschlossenen Willen aller Beteiligten, nun praktisch an ein Werk heranzugehen, dessen Vollendung die Stellung des freien Europa in der Welt stärken wird.

Den Ministern und ihren Mitarbeitern steht eine Überfülle von Arbeit bevor. Es gilt nicht nur, die Probleme zu lösen, die sich aus einem gemeinsamen Agrarmarkt ergeben, es müssen auch Regelungen für unvermeidliche Übergangszeiten gefunden werden. Das erfordert vor allen Seiten Verständnis, Kompromißbereitschaft und zähe Zielstrebigkeit. Zuweilen dürfte es auch heftig zugehen, zumal es sich um handfeste Interessen handelt und um viele Detailfragen, in denen bekanntlich der Teufel steckt.

Doch der Anfang ist gemacht, die Zeichen sind gesetzt, die Richtung anvisiert. Mit der ersten Abschlußrunde ist vor aller Welt der Beginn eines neuen Abschnittes der europäischen Geschichte sichtbar geworden. Die Zeiten beschwörender Reden sind vorbei. Nun erfolgt, wie sich Bundesaußenminister Walter Scheel ausdrückte, die geduldige, oft lästige Kleinarbeit. Sie bringt jedoch den europäischen Zug in Fahrt. Übrigens war es Scheel, der in einer kritischen Phase der Verhandlungen durch einen Kompromißvorschlag das zufriedenstellende Ergebnis bewirkte. Wo es sich um die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit handelt, muß es die Bundesregierung an Initiative, Ausdauer, Phantasie und konstruktiver Mitarbeit nicht fehlen. Brüssel zeugt davon.